

109

## Die vergeudeteten Millionen der Kriegsfürsorge.

Das verschleuderte Sachvermögen. — Die gesperrten 80 Millionen. — Die Verwaltungskrise im Witwen- und Waisenfonds.

Der unsägliche Jammer tausender und abertausender Kriegsfrümpel schreit zum Himmel. In den Schatten der Häuser gedrückt, lauern die erbärmlichen Menschenstümpfe, denen eine grausame Granate einen fargen Rest ihres halbentflohenen Lebens belassen hat. Die von Tremor geschüttelten, mit Blindheit geschlagenen, der Gliedmaßen beraubten Blutzengen des schrecklich-schaurigen Schauspiels, das sich neunzehn Jahrhunderte nach Christus die Menschheit geleistet hat, betteln in den Straßen, haustieren in den öffentlichen Lokalen und vermögen sich nur durch die demütigende Schaustellung ihrer Gebreite und die entwürdigende Anrufung der allgemeinen Miltätätigkeit vor dem letzten Unglück, dem Hunger, zu schützen. Wie sie früher die Opfer des Nationalitätenstaates waren, so sind sie jetzt die Opfer seines Zerfalls in die Nationalstaaten, die sie ihrem Glend preisgeben und sich um die Millionen raufen, die die private Fürsorge in fünf Kriegsjahren zur Vinderung des harten Loses des Invaliden bereitgestellt hatte.

Das Sammelbecken, in das die Quellen der Wohltätigkeit seit den Augusttagen des Jahres 1914, als die große patriotische Trommel gerührt wurde, zum größten Teil flossen, war das Kriegsfürsorgeamt. Man hat im allgemeinen wenig Grund, den Institutionen der österreichischen Kriegsverwaltung Lobreden zu halten und ihnen Tränen nachzuweinen. Gerade das Kriegsfürsorgeamt aber bildete eine jener ganz seltsamen Ausnahmen, wo in einem österreichischen und dazu noch in einem militärischen Amt nicht nach bürokratischen, sondern nach kaufmännischen Grundrissen gearbeitet wurde. In ganz kurzer Zeit verstand es der Leiter des Amtes FML. Döbl und nach dessen plötzlichem Tode sein Nachfolger G. v. S. Seibt, aus

**dem Stiefkind des Kriegsministeriums,** als welches das Kriegsfürsorgeamt mit einem recht ärmlichen Wirkungskreis und auch mit einem recht ärmlichen Apparat gegründet wurde, einen Monstertrieb zu machen, der einerseits eine segensreiche Fürsorgetätigkeit für die Armeen im Felde und ihre notleidenden Angehörigen in der Heimat entfaltete, andererseits die einlaufenden Gelder musterhaft verwaltete. Hier wurde einmal mit dem alten österreichischen Prinzip gebrochen, die tüchtigsten Leute immer dorthin zu stellen, wo sie am wenigsten zu leisten vermögen, und damit die wertvollsten Kräfte brachzuliegen. Unter Heranziehung eines Stabes sachkundiger Reserve- und Landsturmmoffiziere verstanden es sowohl Döbl als auch Seibt durch Gründung großzügiger industrieller Unternehmungen das ihnen ausfließende Kapital zu vervielfältigen. So entstanden unter anderem die Knosozentrale, die Schuhsfabriken in Niederösterreich und Böhmen, die der Schuhsnot unserer Truppen steuerten, die Sadersfortieranstalt in Inzersdorf, durch die wenigstens in bescheidenem Umfang dem katastrophalen Mangel an Faserstoffen abgeholfen wurde, der unsere Bekleidungsindustrie brachzuliegen drohte. Alle diese Betriebe wurden musterhaft rationell geführt und bereicherten mit ihren ansehnlichen Erträgen den Fürsorgefonds, der im Jahre 1918 auf 60 Millionen angewachsen war. Gleichfalls der Initiative des Kriegsfürsorgeamtes verdankte der Kaiser-Karl-Fonds seine Entstehung, dessen Aufgabe es war, die gesamte Fürsorge zu zentralisieren und die Gelder der privaten Fürsorgeaktionen und der verschiedenen Truppenfonds mit denen des Kriegsfürsorgeamtes zu vereinigen.

Infolge dieser Aktion hatte das Kapital des Kriegsfürsorgeamtes oder, richtiger gesagt, des von ihm verwalteten Karl-Fonds die Höhe von 80 Millionen erreicht, als der Zusammenbruch erfolgte. Es ist für jedermann klar, daß in diesem Augenblick, da zum Teil in regelloser Flucht die Truppen von der Front zurückströmten, die Kadern sich auflösten und in dem allgemeinen Chaos die Bedürftigkeit der Unterstützungsberechtigten ihren Gipfelpunkt erreichte, die Tätigkeit des Kriegsfürsorgeamtes erst richtig einzusetzen gehabt hätte. Es ist auch klar, daß nur die eingearbeiteten, mit der Materie vertrauten Funktionäre dieser Aufgabe hätten gerecht werden können, und daß nur sie imstande gewesen wären, das Vermögen des Fonds zu retten. Tatsächlich gelang es auch dem General Seibt, trotz

der inzwischen angeordneten Demobilisierung einen großen Teil seiner leitenden Offiziere, die, wie gesagt, meistens im Reserve- und Landsturmverhältnis standen, zur Weiterführung der Geschäfte zu veranlassen.

Da erfolgte plötzlich und ohne daß vorher das geringste Einvernehmen mit dem Kriegsministerium gepflogen worden wäre, die Unterstellung des Kriegsfürsorgeamtes unter das Ministerium für soziale Fürsorge, das schon seit seiner Gründung die erbliche Tätigkeit der militärischen Fürsorge als eine Art unerlaubter Konkurrenz mit scheelen Augen angesehen hatte. Einer der vielen aus dem wohlverdienten Ruhestand ausgegrabenen Beamten, aus denen dieses, damals jedes sozialen Wirkungskreises entbehrende, der Arbeiterschaft als Köder hingeworfene Amt zusammengesetzt worden war, ein vor der abermaligen Pensionierung zitternder Sektionschef wußte bei dem anfänglich noch imorientierten neuernannten Staatssekretär Hanusch seine Ernennung zum Sequester durchzusetzen. Innerhalb weniger Stunden erfolgte die Uebernahme, die mehr einer

### Besehung des Kriegsfürsorgeamtes

gleich, General Seibt und seine tüchtigsten Mitarbeiter mußten das Feld ihrer segensvollen Tätigkeit den neuen, meist recht alten Herren räumen, die nun ohne die geringste Sachkenntnis und ohne das mindeste Verständnis für die komplizierte Materie zu wirtschaften und zu verwirtschaften begannen. Um dem demokratischen Zeitgeist nach außen hin Rechnung zu tragen, wurde als Vertreter des Sequesters ein früher als Einjährig-Freiwilliger beschäftigter Unterbeamter an den Schreibtisch des Generals gesetzt.

Bierundzwanzig Stunden nach der Uebernahme durch die Zivilverwaltung standen sämtliche Betriebe des Amtes still. Die großen Lagerbestände in den Fabriken fielen, von der Arbeiterschaft und der Wache im Stiche gelassen, größtenteils den Dieben und Plünderern zum Opfer, die in jenen Tagen sich die allgemeine Verwirrung zunutze machten, der Rest wurde zu Schlanderpreisen losgeschlagen. Die Gebäude selbst wurden durch gewalttätige Entfernungen aller wertvolleren Bestandteile nahezu völlig demoliert. War die Preisgabe des Besitzes auf dem flachen Land — die Fabriken in Böhmen waren sogleich von der tschecho-slowakischen Regierung mit Beschlag belegt worden — noch durch die Schwierigkeiten zu erklären, die sich einer ausreichenden Bewachung entzogenstellten, so ist der Gleichmut, mit dem man die in den Wiener Magazinen aufgestapelten Waren um einen Bettel veräußerte, gänzlich unerklärlich und unentschuldigbar. Auch hier wurden Bedarfsartikel, soweit sie nicht rechtzeitig von der Gemeinde Wien beschlagnahmt wurden, und das reiche Lager von Bronzen, Skulpturen und anderen Kunstgegenständen entweder gestohlen oder zu Schlanderpreisen verkauft. Für das gesamte Sachvermögen, das einen Wert von mehr als drei Millionen repräsentierte, wurden einige hunderttausend Kronen erzielt. Als Beispiel, mit welchem sträflichem Leichtsinns dabei vorgegangen wurde, diene, daß die Marineschauspieler im Prater, die mit einem Kostenaufwand von einer halben Million eingerichtet worden waren und sich als äußerst rentabel erwiesen hatten, um 90.000 Kronen veräußert wurden. Mit souveräner Verachtung setzte man sich über alle von der militärischen Verwaltung abgeschlossenen Verträge hinweg, und die Folge war, daß die Kontrahenten, darunter Künstler von Belust, wie die Maler Krausz und Adams, der Bildhauer Herrmann und andere, gezwungen waren, Prozesse gegen das liquidierende Kriegsfürsorgeamt anzustrengen, in denen man den Rest des Barvermögens, der uns verbleiben wird, verzettelt.

Die Rettung dieses Barvermögens war seinerzeit der Vorwand, mit dem die Uebernahme des Kriegsfürsorgeamtes in die deutsch-österreichische Zivilverwaltung gerechtfertigt wurde. Die Offiziere, so erklärte man, würden

### Die Interessen Deutschösterreichs

nicht wahrnehmen und den Fonds an die Sukzessionsstaaten ausliefern. Wie ist nun heute die Sachlage? Das Barvermögen des Fonds,

das natürlich auf höhere Weisung in Kriegsanleihe angelegt werden mußte und dessen tatsächlicher Wert daher vorläufig überhaupt nicht bestimmbar ist, lagert in den Safes der Wiener Banken. Bis auf einen verschwindenden Bruchteil, über den das Staatsamt für soziale Fürsorge für die allerdringendsten Unterstüzungen verfügen darf, wurde über die gesamten 80 Millionen auf Begeh der Sukzessionsstaaten die Sperre verhängt, und in der Internationalen Liquidationskommission wird nun über den Aufteilungsmodus verhandelt, wird darüber gestritten, ob der Bevölkerungsschlüssel, der Blutschlüssel oder der Probenienzschlüssel in Anwendung kommen soll. Den Standpunkt Deutschösterreichs aber vertreten ohne jede Kontrolle durch die Öffentlichkeit Delegierte, denen alle Fach- und Sachkenntnis fehlt, denen die ganze Entstehungsgeschichte des Fonds völlig fremd ist. Die Folge ist, daß der Fonds, der hauptsächlich aus deutschösterreichischem Geld besteht, wie wir erfahren, nicht nach der Probenienz verteilt und daß nur ein lächerlich geringer Betrag in Deutschösterreich verbleiben wird, der aber jetzt, wo man ihn am notwendigsten brauchen würde, gleichfalls unter Sperre gehalten wird. Es gibt wohl kein zweites Land, wo die Bevölkerung, und zwar sowohl jene, die die Millionen gespendet haben, als auch die Bedürftigen, denen sie gewidmet sind, sich eine derartige Gebarung gefallen ließe, ohne Rechenschaft zu fordern.

Nach alledem muß es noch als ein Glück in all dem Unheil bezeichnet werden, daß bürokratischer Dummheit und bürokratische Unfähigkeit auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge anvertraut haben, daß das zweite große Millionenvermögen, das diesen Zwecken gewidmet war,

### der Militärwitwen- und Waisenfonds,

seinem Zugriff entzogen werden konnte. Auch hier hat das Staatsamt für soziale Fürsorge die Sequestrierung des Vermögens, das die gleichfalls sehr ansehnliche Höhe von 40 Millionen erreicht hat, versucht. Da aber der Witwen- und Waisenfonds keine staatliche Institution, sondern ein privater Verein ist, ist dieser Versuch mißglückt. Eine andere Gefahr, die diesem Fonds in Gestalt einer schweren Krise in der Verwaltung drohte, erscheint vorläufig durch das umsichtige und energische Eingreifen des bisherigen Zentraldirektors Wegner beschworen. Als der verdiente Präsident, der gewesene Generalgouverneur von Lublin FML. F. v. A. mit der Begründung zurücktrat, daß es in seiner Zeit, da den Offizieren die Sterne vom Kragen gerissen werden, für den Fonds nicht förderlich sei, wenn ein General an seiner Spitze stehe, bewarb sich Herr Dr. Eduard Riechtenstein um die freigewordene Stelle. Da ihm aber von seiner Tätigkeit im Staatsamt für soziale Fürsorge und bei der Allgemeinen Pensionsanstalt der Ruf nach möglichem Strebertum vorangeeilt war, vermochte er sich im Vorstand nicht den erforderlichen Anhang zu sichern. Nun empfahl sich der bei der Statthalterei ausgediente Herr Wagner-Kremsthal der Gunst der Vorstandsglieder, indem er sie gleichzeitig für die Besoldung des Präsidentenpostens geneigt zu machen suchte. Der Vorstand merkte die Absicht und wurde auch gegen Herrn Wagner-Kremsthal bestimmt, der nun für seinen Durchfall auf einem bezahlten Beamtenposten Trost sucht. An die Spitze des Witwen- und Waisenfonds aber wurde Dr. Stephan Licht berufen, dessen Los es nun einmal zu sein scheint, den Sieg über den ihm nicht gerade ebenbürtigen Dr. Eduard Riechtenstein davonzutragen. Es ist zu hoffen, daß es dem Ansehen, der Arbeitskraft und der Gesandtheit Dr. Lichts gelingen wird, die zentrale Verwaltung des Fonds erfolgreich gegen

### die Eifersüchtelei der Kronländer

zu verteidigen, die zum Schaden der Sache, vor allem zum Schaden der notleidenden Witwen und Waisen, ihre Kostennunanzbestrebungen auch auf dieses aller Politik entrückte Gebiet ausdehnen. Jedenfalls würde Herr Dr. Licht die schwere Last der auf ihm ruhenden Verantwortung verringern und sich die ganze Bevölkerung zu Dank verpflichten, wenn er der Öffentlichkeit in weitestgehendem Maße jenen Einblick in die Verwaltung des Fonds gewähren wollte, auf den sie sich durch die ungeheuren Gut- und Blutopfer ein Anrecht erworben hat.